

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1848

28 (6.4.1848)

Karlsruher Beobachter.



Nr. 28.

Donnerstag den 6. April

1848.

Gewerbsache.

Während wir in ganz Deutschland in so mächtigem Fortschreiten der geistigen Entwicklung begriffen sind, ist es auch nothwendig, daß das Materielle nicht ganz zurückbleibe; nur Segen bringend ist deren Gang Hand in Hand. Darum Dank denen, die im Tageblatt schon angefangen haben, auch diese Seite zu behandeln. Zu gleichem Zweck soll durch mehrere Aufsätze hingearbeitet werden, namentlich über die wichtige Frage, wie dem so schnellen Zurückkommen der Gewerbe und des Mittelstandes, als dem Kern des Volkes, entgegen gewirkt werden könne?

Diese hochwichtige Frage in ihrem ganzen Umfange zu besprechen ist nicht die Absicht, sondern nur die Angabe einiger Ursachen und praktische Andeutungen zu deren Abhülfe.

Bekanntlich widmen sich in großer Mehrzahl nur weniger oder ganz Unbemittelte den kleineren Gewerben. Ihr Vermögen reicht selten hin, die ersten Einrichtungen zu treffen, noch weniger sich mit der gehörigen Auswahl des nöthigen Rohmaterials u. s. w. versehen zu können, und so wird mit fremdem Gelde und mit Benützung des größtmöglichen Credits das Geschäft begonnen, mit Kenntniß und Fleiß wacker betrieben und bald zu einem recht lebhaften gebracht.

In kurzer Zeit sollen die bezogenen Produkte bezahlt werden, dazu fehlt aber das Geld! warum? Weil in der Regel für die abgelieferte Arbeit selten Zahlung erfolgt, und das Wenige, was sogleich bezahlt wird, nicht zureicht, die Kosten der Haushaltung, den Lohn der Gehülften, Hausmiethen, Steuern u. s. w. zu bestreiten. Nun werden die Rechnungen ausgegeben, der Erfolg ist gering, viele — besonders die größern — werden erst nach 1—4 Jahren bezahlt und man hat bei öfteren Anforderungen, wo die Noth selbst nicht entschuldigt, sogar den Verlust der Kundschaft zu befürchten!

Der Meister sieht seinen Kredit erschöpft und in die traurige Nothwendigkeit versetzt, entweder sich als zahlungsunfähig zu erklären oder in die Hände derjenigen zu geben, die nur gegen sehr hohe Zinsen kleine Kapi-

tal auf kurze Zeit ausleihen! er greift zu letzterem Mittel!!

Nach dieser traurigen Hülfe wird wieder mit erneuerter und erhöhter Thätigkeit fortgearbeitet, und dies wird gerade in weit den meisten Fällen die Ursache des völligen Ruins! Denn die dort gestellten Zahlungstermine laufen ab, zudem soll das neubezogene Material auch bezahlt werden, aber das Geld für die viele Arbeit bleibt aus, und der fleißige, gute und häuslicher Meister ist zu Grunde gerichtet; es bildet sich hier der traurige Satz — je mehr Arbeit, je größer der Verlust!! — Denn nimmermehr ist der Verdienst des Gewerbmannes bei der übermäßigen Konkurrenz so groß, daß er außer den vorn angegebenen Ausgaben auch noch die hohen Zinsen und andere Verluste von jahrelangen großen Ausständen, die oft 20—30 Procent ausmachen, ertragen kann; — hierdurch zehrt sich nicht nur in Kurzem das kleine Vermögen, sondern auch aller Verdienst auf!

Aber, fragt man: warum erhält denn der Meister keine Zahlung? Sind denn seine Kunden in solchen Verhältnissen, nicht zahlen zu können? Hierauf muß man mit großem Bedauern die vielseitig vernommenen Klagen aussprechen! daß die Minderbemittelten lieber und ordentlicher zahlen als — allerdings mit Ausnahmen — die Wohlhabenden, welche oft große Summen in der Schublade oder bei Banquiers liegen haben und noch gerne einige Jahre die Zinsen davon beziehen, dagegen den Meister zu seinem großen Nachtheil so lange warten lassen. Sie bedenken nicht die traurigen Folgen, welche ihr Nichtzahlen bei guter Kasse, oft nur aus Bequemlichkeit, für den Gewerbsmann nach sich zieht!

So muß auch der Redlichste und Tüchtigste den Muth verlieren, da er sieht, daß alle Anstrengungen nicht nur nichts nützen, sondern unter solchen Umständen nur Schaden und er den übermäßigen Zinsverlusten *) unterliegen muß! — Viele versinken in Müßiggang, ergeben sich aus Verzweiflung dem Trunke und gehen auch noch moralisch zu Grunde!

*) Die beabsichtigte Leihkasse für Gewerbtreibende wird hier auch als eine nothwendige Hülfe in's Mittel treten müssen.

Mächtig liegt hier nun die Aufforderung vor uns, dieses Uebel zu heben; es ist dies leicht, namentlich den Vermöglichen, durch mindestens vierteljährliche Zahlung der Arbeit, oder Ausstellung eines Wechfels im Betrage der Forderung.

Zur Herstellung und Erhaltung der Ruhe ist also Arbeit nöthig, aber eben so nöthig auch deren alsbaldige Bezahlung, auf daß der Spruch sich bewähre: „Im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brod essen!“

Ein Bürger.

L. P. ...

Aus der Zeit.

Frankfurt, 1. April. In der heutigen Sitzung wurde die Berathung über den Wahlmodus für das constituirende Parlament fortgesetzt. Die gefaßten Beschlüsse lauten: Daß im Allgemeinen die genauere Bestimmung des Wahlmodus den einzelnen Staaten zu überlassen sei. Als Prinzipien, welche für sämtliche Bundesstaaten bindende Vorschrift sein sollen, wurde einstimmig auf Nieffer's Antrag angenommen, daß bei den Wahlen kein Modus, keine Rücksicht auf Konfession oder Standesunterschied gelten soll. Die Frage: ob die Versammlung die direkte Wahl als Prinzip anerkenne, den einzelnen Staaten aber die Freiheit einräume, für jetzt davon abzusehen, und es ihren Bedürfnissen und Verhältnissen gemäß einzurichten, wurde einstimmig angenommen und beschlossen; daß jeder volljährige Staatsbürger wahlberechtigt und wählbar sei, daß der Deputirte nicht dem Staate anzugehören brauche, den er vertritt. Daß politische Flüchtlinge, die in fremden Ländern das Bürgerrecht angenommen, die Wahlrechte erhalten sollen, wenn sie erklären, wieder deutsche Staatsbürger sein zu wollen, wurde mit Acclamation angenommen, eben so die Wahl Frankfurts als Sitz des Parlaments. — Nach §§. 5 und 6 des Siebenerprogramms erfolgt der Beschluß der Einberufung der constituirenden Nationalversammlung durch die mit Vertrauensmännern verstärkte Bundesbehörde. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Mitgliedern ist beauftragt, die Einberufung zu betreiben. Wenn innerhalb vier Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt diese Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung früher berufen. Es wurde statt dessen beantragt, zu erklären, daß die Versammlung vom nächsten Montag (3. April) an eröffnet sein müsse, also sich für permanent erkläre. — Nach heftigen Debatten wurde der Beschluß, daß das constituirende Parlament bis Montag über vier Wochen beisammen sein müsse, einstimmig gefaßt, und ein Antrag v. Gagern's auf Ernennung eines Ausschusses von 50 Mitgliedern, welcher bis zum Zusammentritt des constituirenden Parlaments die Interessen der Nation bei dem Bundestag zu wahren und nöthigenfalls die Versammlung wieder zu berufen habe, nach einer mitunter sehr heftigen Debatte und nach Verwerfung des Hecker'schen Antrags auf Permanenz, mit großer Mehrheit angenommen.

Frankfurt, 2. April. In der heutigen Sitzung wurde mit großer Mehrheit beschlossen, daß die Wahl des Ausschusses von 50 Mitgliedern nicht nach Stämmen, sondern aus der ganzen

Versammlung vorgenommen werde, in der Voraussetzung, es werde jedes Mitglied selbst darauf Bedacht nehmen, daß so viel wie möglich alle Theile des Vaterlandes vertreten seien. Sodann beantragte Jtz im Namen einer Anzahl Mitglieder (Hob. Blum, Dr. Jtz, G. Strecker, Dr. Jacobi, Vogt, v. Behr, Ad. Dupré, v. Jßlein, Dr. Leister jun., Dr. Leister sen.), die Versammlung solle erklären: „Bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Begründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nehmen kann, muß sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahme-Beschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.“ Dieser Antrag wurde von Bassermann dahin modificirt, daß anstatt „bevor in die Hand nehmen kann“, gesetzt werde: „Indem in die Hand nimmt.“ Ein Theil der Urheber und Verteidiger des ursprünglichen Antrags erklärte sich mit dieser Abänderung einverstanden, ein anderer Theil bestand jedoch auf der ursprünglichen Fassung. Nach längerer Verhandlung ward der ursprüngliche Antrag mit großer Mehrheit verworfen, dagegen derselbe mit der Bassermann'schen Abänderung angenommen. Ein Theil der überstimten Minorität nahm an dieser zweiten Abstimmung nicht Theil, sondern verließ den Saal, ein anderer Theil erklärte jedoch, daß er sich der Majorität unterwerfe und auch an den ferneren Arbeiten der Versammlung Theil nehmen werde.

Frankfurt, 3. April. Nach der gestern stattgehabten Sitzung der vorbereitenden Versammlung zur Bildung eines deutschen Parlaments wurde von einigen Mitgliedern der Versammlung ein gedruckter Protest in Umlauf gesetzt.

Frankfurt, 3. April. Zu Anfang der heutigen Sitzung wurde der Versammlung mitgetheilt, daß der Bundestag durch einen gestern gefaßten Beschluß die Ausnahme-Gesetze als in sämtlichen Bundesstaaten gänzlich aufgehoben und beseitigt erklärt habe; daß ferner diejenigen Gesandten, welche fühlen, daß der geistige Beschluß der Versammlung auf sie bezogen werden könnte, ihre Entlassung bereits eingereicht haben, oder unverzüglich einreichen werden; daß endlich sämtliche Gesandte ihren Regierungen dringend empfohlen haben, daß die Bundesversammlung auf eine das allgemeine Vertrauen erweckende Weise unverzüglich gebildet werde. Auf v. Jßlein's Antrag wurde beschlossen, da jede Veranlassung zu dem Austritt der Minorität weggefallen, derselben die Rückkehr in die Versammlung offen zu lassen, und deshalb auch für die Einreichung der Wahlzettel den Termin zu verlängern. v. Jßlein entfernte sich, um die Rückkehr der Minorität zu bewirken. Auf den Antrag v. Seibers beschloß die Versammlung, von der weiteren Berathung des Siebener Programms Umgang zu nehmen, und die Beschlußfassung über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volke zu berufenden Nationalversammlung zu überlassen. Die Minorität erschien kurz darauf wieder im Saale. Hecker bestieg die Tribüne und erklärte, daß er und seine Freunde, nachdem nun die Träger und Repräsentanten des frühern Systems beseitigt seien, sich der Versammlung wieder anschließen, und brächte ein Hoch für das befreite und freie deutsche Volk, in welches die Versammlung jubelnd einstimme.

Eine Reihe von Anträgen, welche sodann Jaupp im Namen von 68 Mitgliedern übergab, und welche eine Erklärung der Rechte des Volkes als Grundlage der künftigen Verfassung Deutschlands in sich schließen, wurden nebst einem Antrag Benedek's auf Schutz der Arbeit und einem andern von Biebermann auf allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht, der constituirenden Versammlung zur Prüfung und geeigneten Berücksichtigung dringend empfohlen. Folgende Anträge wurden von der Versammlung an-

genommen: von Wuttke, daß die Regierungen aufgefordert würden, alle zur Deckung der östlichen Gränzen Deutschlands erforderlichen Maßregeln zu treffen, und namentlich die allgemeine Volksbewaffnung einzuführen; v. Glöfen: daß der Ausschuss ermächtigt werde, sich mit 6 Mitgliedern aus Oesterreich zu verstärken; von Jordan: die Auswanderung zur Nationalfache zu erheben, und die Anlegung von Kolonien unter dem beständigen Schutze des deutschen Volkes anzuregen; von Venedey: daß die Verhandlungen des Ausschusses mit dem Bundestag durch die Presse veröffentlicht werden; von R. Blum: daß den in das Vaterland heimkehrenden Polen von Seite der deutschen Regierungen freier Durchzug und Unterstützung werde. Die Anträge auf Zuziehung der Deutschen in Posen und der russischen Pflanzprovinzen zu dem Nationalparlament fand dagegen nicht die gehörige Unterstützung. Nachdem der Präsident eine Anzahl an die Versammlung gerichteter Adressen angezeigt, wurde der Siebenercommission für ihre verdienstlichen Vorarbeiten, dann den Einwohnern Frankfurts, der Stadtwehr und den Turnern für den der Versammlung zu Theil gewordenen gastlichen Empfang und kräftigen Schutz der Dank votirt. Mit einer Abschiedsrede und einem Hoch auf Deutschland schloß der Präsident die Versammlung.

— Frankfurt, 2. April. Der vielsährige Vertreter der Herzogthümer Holstein und Lauenburg beim Bundestag, Fhr. v. Pechlin, ein geborener Schleswiger, hat sofort nach der Kunde der Vereinigung Schleswigs mit Dänemark um seine Entlassung gebeten.

— Stuttgart, 3. April. Sicherem Vernehmen nach ist im Hinblick auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse durch Beschluß des Bundestags die Besetzung der Bundesfestung Ulm verfügt worden. Gemäß des bestehenden Reglements für diese Bundesfestung wird die Besatzung derselben zum Theil von der k. k. österreichischen Regierung gegeben, und werden daher in kurzer Zeit eine Artillerieabtheilung von 300 Mann und ungefähr 3300 Mann Infanterie in die Bundesfestung einrücken. Auch kann der Fall eintreten, daß ein Durchmarsch von österreichischen Truppen zu Besetzung der Bundesfestung Rastatt durch einzelne Theile des Landes in der nächsten Zeit erfolgen wird.

— Wiesbaden, 2. April. Heute Abend wurde in einer Volksversammlung folgende Adresse an die in Frankfurt versammelten Volksmänner entworfen und mit zahlreichen Unterschriften bedeckt: „Deutsche Männer! Wir sind mit der Wichtigkeit des hohen Gegenstandes angemessenen Aufmerksamkeit euren Verhandlungen gefolgt, und erklären hiermit, um gewissen Bestrebungen den Vorwand, daß sie der Ausdruck der öffentlichen Meinung Deutschlands seien, zu benehmen, was folgt: Keine Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit! Keine Anwendung irgend einer rhyssischen Gewalt, oder der Gewalt der Einschüchterung auf dem Gebiete, auf dem nur geistige Waffen gelten dürfen! Welche Verfassung für das ganze Deutschland zu gründen sey, das bleibe der konstituierenden Versammlung anheimgestellt. Ist es in den Sternen geschrieben, daß ganz Deutschland überall in seiner Gesamtheit wie in seinen einzelnen Theilen die republikanische Verfassung darzustellen habe, so werden sich seine Geschicke erfüllen. Die Versuche aber, die konstitutionell-monarchischen Landesverfassungen in Deutschland, da wo sie noch bestehen, jetzt und sofort mit Gewalt aus dem Boden zu reißen, erklären wir hiermit für freventliche Verübungen, die nur den äußeren Feinden in die Hände zu arbeiten geeignet sind, und den Gang des Weltgeistes übersürzen wollen. Wiesbaden, den 2. April 1848.“ (Folgen die Unterschriften.) (Wehnliche Erklärungen sind von mehreren Seiten eingelaufen.)

— Berlin, 31. März. Die Befreiung Polens wird immer systematischer organisiert. Es ist hier ein Rekrutierungscomité nie-

dergesezt, welches Deutsche für den polnischen Kriegsdienst anzuwerben hat. Dasselbe hat bereits viele, sehr viele Berliner für die polnische Armee angeworben, was ihm um so leichter wird, als man hier theils für die polnische Sache begeistert ist, theils aber auch führt ihm die durch die Geschäftsstockung hervorgerufene Brodlosigkeit viele Kriegslustige zu. Aus eben gedachter Provinz kommen täglich viele deutsche Familien hier an, um Person und Habe in Sicherheit zu bringen; unter den Flüchtenden befinden sich namentlich viele Beamte. — Nachdem gestern die ersten neuen Truppen wieder eingerückt waren, sind heute weitere gefolgt. Die Bürger sollen es gewünscht haben: das Volk und die Arbeiter haben factisch gezeigt, daß sie vollkommen damit einverstanden sind, denn sie waren taub gegen alle Aufreizungsversuche, und empfingen die Soldaten mit tobendem Jubel. — Gleichzeitig ist gestern der erste Schritt geschehen, um Preußen auf die constitutionelle Bahn zu leiten. Ein Ministerium Camp-hauien-Hanseman ist zu Stande gekommen, welches durch öffentliche Erklärung die Verantwortlichkeit seiner Schritte auf sich genommen hat. Die neuen Minister werden übermorgen vor den Vereinigten Landtag treten, gegen dessen Zusammentritt die Agitationen und Adressen zu spät gekommen sind. — Die Zahl der Opfer des 18. März steigt noch immer; täglich ziehen feierliche Condukte mit zwei bis vier nachträglich an ihren Wunden Gestorbenen durch die Straßen. — Hanseman hat das Finanzministerium nur mit der Bedingung angenommen, daß ihm sechs Millionen Thaler zur Verfügung gestellt werden, um die Industrie in dieser bedrängten Zeit zu unterstützen und zu fördern.

— Posen, 1. April. Der überall jetzt sehr thätigen polnischen Insurrektion tritt jetzt hier eine Reaction von einer Seite entgegen, von welcher es die Polen wohl am wenigsten vermuthet haben, von Seiten nämlich der Bauern und Juden, denen sich die deutschen Bürger anschließen. Sie wollen keine Polen sein, wenigstens nicht unter polnischer Herrschaft, sondern Preußen bleiben. Diese Gesinnung dokumentiren sie bereits durch Thaten. Während die polnischen Gutsbesitzer, besonders die Damen, polnische Kokarden austheilen, verweigern diese sie anzunehmen, und kaufen sich in Masse preussische Kokarden, um sie zu tragen. In vielen Orien haben sie den polnischen Gutsbesitzern erklärt, daß, wenn sie nur die geringsten Schritte zur Herstellung einer polnischen Regierung thäten, sie sofort todtgeschlagen werden würden.

— Schleswig-Holstein. In Hadersleben sind 2 Bataillone Infanterie eingerückt. Die Kieler Jäger, die Turner und Studenten liegen in Aneurade. Sie sind viel zu schwach gegen die augenblickliche Uebermacht der dänischen Truppen und man würde einen Zusammenstoß unter den jetzigen Verhältnissen kaum für sehr günstig halten. Alsen hat sich für die Dänen erklärt, nachdem die dänische Fregatte vor Sonderburg erschienen ist.

— Rendsburg, 31. März. Aus durchaus authentischer Quelle erfährt man, die provisorische Regierung in Rendsburg wünsche durchaus nicht die Hülfe fremder Freischaaren. Die Regierung glaubt vielmehr, Hände und freiwillige Kräfte im eigenen Lande genug zu haben, um dem Erforderniß zu entsprechen, wenn nur erst die nöthigen Waffen vorhanden seien, woran es für den Augenblick noch mangelt.

— Hamburg, 31. März. Heute sind hundert braunschweigische Freiwillige, ähnlich uniformirt wie die schwarzen Jäger unter den braunschweigischen Truppen, hier durchmarschirt. Es ist eine sehr rüstige und entschlossene Schaar, mit welcher die Schleswig-Holsteiner einen jedenfalls willkommenen Zuwachs ihrer Streitkräfte erhalten werden.

— Bremen, 1. April. Hier sind die oldenburgischen Truppen

auf ihrem Durchmarsche nach Schleswig-Holstein angemeldet; wir erwarten sie täglich; durch Altona soll in der Nacht auf den 31. hannover'sche Artillerie gekommen sein.

— Kopenhagen, 29. März. Es herrscht hier unter allen Klassen der Bevölkerung die größte Begeisterung; Alles wetteifert miteinander, Opfer zu bringen. Die erforderlichen Mittel zum Ankauf eines großen Dampfschiffes sind in zwei Tagen zusammengebracht worden. Etwa 2000 Personen haben sich als Freiwillige zum Militärdienst einschreiben lassen. Bürger und Studenten haben sich erboten, Garnisonsdienste zu leisten, so daß alles Militär erforderlichen Falls aus der Hauptstadt gezogen werden kann. In wenigen Tagen wird die Avantgarde in Nord-Schleswig beisammen sein; sie beläuft sich allein auf 6000 Mann. Ferner werden bald 10 Kriegsschiffe beisammen sein, um die Häfen zu blockiren. Auch in Jütland und auf Züländ werden Freikorps gebildet und die jütischen Gutsbesitzer wollen ein eigenes berittenes Schützenkorps stellen. Auf ihrem Abmarsch sind die Truppen überall bewirthet worden und die Bauern haben sie zu Wagen unentgeltlich nach dem großen Belt gebracht.

— Wien, 29. März. Heute langte eine Deputation der Königreiche Dalmatien, Kroatien und Slavonien hier an, welche unter dem Titel: „Forderung der Nation“ der Regierung 30 Punkte zur Erledigung vorlegen soll. — Kaum je hat sich eine Regierung in so mißlicher Lage befunden, als jetzt die unfrige. Die Gewährung der Bitten, welche in den letzten Tagen von den einzelnen Provinzen an den Thron gelangen, macht aus der österreichischen Monarchie einen Föderativstaat, dessen Glieder zu sehr abgeforderte Interessen haben, als daß von einem festeren Anschließen künftig die Rede sein könnte. Die Zurückweisung oder bloß Beiseitelegung dieser Petitionen ist aber das Zeichen zum Abfall, zum Bürgerkrieg an allen Enden des Kaiserstaates. Wie kann die Regierung in diesem Momente die Gränzregimenter aus Italien ziehen, ohne dasselbe aufzugeben, da diese den Kern der italienischen Armee ausmachen! (Nach allen Berichten auch den gehässigsten Punkt der österreichischen Militärmacht.)

— Wien, 31. März. Aus der neuesten Wiener Zeitung erfährt man nun offiziell, daß das österreichische Anlehen von 1847 aufgelöst ist, d. h. daß die Bankiers die weiteren Einzahlungen aufgesagt haben. — Aus Innsbruck meldet man die Ankunft des Erzherzogs Vikednigs Rainer aus Verona. — Von hier gehen fast täglich Truppenverstärkungen nach Italien ab, und die Regierung ist fest entschlossen, den Besitz dieser Landestheile mit den äußersten Anstrengungen zu behaupten. Auch die öffentliche Meinung erhebt sich in diesem Sinne, und auf einen in der Wiener Zeitung veröffentlichten Ausruf, Freischaaaren zum Ausmarsche nach Venedig und der Lombardei zu bilden, sieht heute bereits der Werbetisch hiezu auf dem Plage vor der Getreidemarktkaserne, von Tausenden umlagert, von welchen in wenigen Stunden über sechshundert sich eingereiht haben. — Die Provinzialdeputationen zum Kaiser häufen sich; heute Morgen war eine galizische aus Tarnow, den Fürsten Sanguszko an der Spitze, bei der Audienz, und in diesem Augenblick ziehen die Abgeordneten von Kroatien und den vereinigten Königreichen in die Hofburg. — In Preßburg ist wieder Ruhe eingetreten, doch gähret es im Lande zwischen den politischen Parteien gefahrdrohend fort. — Auch eine Deputation von Mailand hat sich bei dem Minister des Innern melden lassen.

— Bern, 2. April. Der Vorort hat sich mit Entschiedenheit

gegen die militärische Organisation der Deutschen in der Schweiz erklärt und die zu diesem Behufe nothwendigen Anordnungen getroffen. In Folge hievon säumte die Berner Regierung nicht, in ihrem Kanton die gemessensten Befehle zu ertheilen, alle solche Demonstrationen zu verhindern, welchem Beispiel alle übrigen Schweizer Regierungen folgen werden.

— Straßburg, 3. April. Das 5. Artillerieregiment, von Vincennes kommend, welches während der Februarereignisse auf das Volk zu schießen sich geweigert hatte, ist gestern Mittag mit klingendem Spiele in unsere Stadt eingerückt, wo es mit allgemeinem Jubel und unter dem Gesänge der Marseillaise empfangen wurde. Hiemit ist unsere Besatzung wieder in ihren Normalstand zurückgetreten, denn von jeher zählte sie drei Regimenter Artillerie. — Das Nationaldiskontokomptoir hier ist bereits mit einem Fonds von 1,500,000 Fr. in's Leben getreten. Diese Anstalt ist dem kleineren Handel und den Gewerbsmännern große Dienste zu leisten berufen. Als Ergänzung sind sogenannte allgemeine Hinterlegungsmagazine errichtet, deren Empfangscheine mittelst Endosstrungen übertragbar und von der Vorschuffasse zu Diskontirung zugelassen sind. Gleiche Maßregeln hat man in den bedeutendern Manufakturstädten des Elsaßes ergriffen, und somit sehen wir einer baldigen Besserung im Handel entgegen. — Die in Frankreich zerstreuten Polen sammeln sich allmählig in Straßburg, Subscriptionen sind zu ihren Gunsten eröffnet. Sie beabsichtigen, in kleinen unbewaffneten Abtheilungen durch Deutschland zu gehen. Auch einige Pariser Freiwillige, die zur Befreiung Polens mitwirken wollen, sind bereits hier eingetroffen.

— Paris, 1. April. An die Stelle der alten Municipalgarde zu Fuß und zu Pferd tritt ein anderes Corps, dessen Bildung fast vollendet ist. Es wird den Namen republikanische Stadtgarde führen und 1000 Mann stark sein. Es sind meist baumhohe und breitschulterige Männer mit martialischem Aussehen, dabei noch jung. Außer diesem Corps erhält aber Paris noch eine Polizeiwache.

— London, 31. März. So eben verläutet, daß Fürst Metternich in London angekommen ist. — Hr. Guizot, der gänzlich mittellos ist, kamen am Tage nach seiner Ankunft in England von unbekannter Hand 2000 Pfd. Sterl. zu. — Der Lordmayor von Dublin hat sich geweigert, sich von den Repealern als Deputirten nach Paris schicken zu lassen.

— Rom, 25. März. Rom hat gegenwärtig ein höchst kriegerisches Aussehen. Man sieht nichts als Schaaren von bewaffneten Freiwilligen, Civici und marschfertige Militärs durch die Straßen ziehen. Von der Bürgergarde ziehen 1200 Mann als Freiwillige aus. Außerdem sind noch 500 Studenten und hier lebende Lombarden und Venetianer beigetreten, und sonst noch 7200 Freiwillige aus allen Klassen. Daß unter den Letztern natürlich eine ziemliche Anzahl Gefindels sich befindet, über deren Fortgang die Stadt sich nicht zu beklagen hat, versteht sich von selbst. Die allgemeine Begeisterung für die Lombarden ist aber außerordentlich.

— Petersburg, 25. März. Ein kais. Ukas vom 12. d. M., gerichtet an den Seeminister und Chef vom Generalstabe der Marine, beruft die bei der Marine auf unbestimmte Zeit entlassenen Subalternen zum Dienst ein. Ihre Zusammenziehung und Abfertigung nach den Kriegshäfen, in denen sie angeschrieben sind, soll unverzüglich zum 1. (13.) April bewirkt sein.